



Prof. Dr. jur. Dorothee Frings

Welche sozialrechtlichen Ansprüche haben Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten aus Staaten der EU, des EWR und der Schweiz?

Häufig gestellte Fragen – Deutsch/Englisch

**beeinträchtigt
studieren**

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Zur Autorin

Prof. Dr. jur. Dorothee Frings

- seit 2017 freiberufliche Beraterin, Referentin und Autorin
- von 1997 bis 2017 Professur für Verfassungs-, Verwaltungs- und Sozialrecht für die Soziale Arbeit an der Hochschule Niederrhein
- von 1983 bis 1997 Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Migrationsrecht
- Forschungsprojekte im Bereich des Antidiskriminierungs- und des nationalen und europäischen Migrationssozialrechts
- Publikationen, insbesondere Handreichungen für die Praxis, im Bereich des Migrations- und Sozialrechts

Herausgeber:

Deutsches Studierendenwerk (DSW)

Informations- und Beratungsstelle Studium und Behinderung (IBS)

Monbijouplatz 11

10178 Berlin

Tel: 030/ 29 77 27-57

E-Mail: studium-behinderung@studierendenwerke.de

Gefördert vom:

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Förderkennzeichen: M527700

Umschlaggestaltung:

doppelpunkt Kommunikationsdesign, Berlin

Die Inhalte in der Handreichung sind sorgfältig recherchiert. Trotzdem übernehmen die Autorin und das Deutsche Studentenwerk keine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Gesetzliche Bestimmungen und Rechtsauffassungen können sich ändern. Rückmeldungen und Anregungen nimmt die Autorin Frau Prof. Frings oder die Informations- und Beratungsstelle Studium und Behinderung gern entgegen unter: studium-behinderung@studierendenwerke.de.

Vollständig überarbeitete Fassung: Berlin, im Januar 2024

Prof. Dr. jur. Dorothee Frings

Welche sozialrechtlichen Ansprüche haben Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten aus Staaten der EU, des EWR und der Schweiz?

Häufig gestellte Fragen – Stand Januar 2024

Which social security rights claims do students with disabilities and chronic illnesses have who come from EU states, the EEA and Switzerland?

Frequently asked questions – last updated January 2024

Inhalt

Vorbemerkung	7
Aufenthaltsrechtliche Fragen	8
• Welche Anforderungen müssen für ein Studium in Deutschland erfüllt sein?	8
• Gibt es eine zeitliche Begrenzung für den Aufenthalt zu Studienzwecken?	8
• Kann ich eine Arbeit aufnehmen oder eine Ausbildung machen, wenn die Anforderungen des Studiums zu hoch sind oder das Studium mir nicht gefällt?.....	8
• Was passiert, wenn sich meine Krankheit verschlimmert und ich mein Studium aufgeben muss?	8
• Gibt es nach der erfolgreichen Beendigung des Studiums Einschränkungen bei der Aufnahme einer Beschäftigung oder selbständigen Erwerbstätigkeit?	9
• Kann ich Sozialleistungen zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile in Deutschland in Anspruch nehmen?	9
Beratung	9
• Wo kann ich mich über Leistungen zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile beraten lassen?	9
Krankenversicherung, Gesundheits- und Pflegeleistungen	10
• Welche Möglichkeiten der Krankenversicherung bestehen für mich in Deutschland?	10
• Welche Leistungen kann ich erhalten, wenn ich in der gesetzlichen studentischen Krankenversicherung versichert bin?	12
• Auf welche Gesundheitsleistungen habe ich sonst noch Anspruch?	13
• Auf welche Pflegeleistungen habe ich Anspruch?	14
Teilhabeleistungen für Studierende mit Behinderung	15
• Welche Unterstützungsleistungen für Studierende mit Behinderungen erbringen die Hochschulen?.....	15
• Welche staatlichen Sozialleistungen zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile kann ich während und nach dem Studium in Anspruch nehmen?	15
Sicherung des Lebensunterhalts.....	17
• Gibt es Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts für Studierende mit einer Behinderung aus EU, EWR und der Schweiz?.....	17
• Wann bestehen Ansprüche nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)?.....	17
• Welche Nachteilsausgleiche gibt es beim Leistungsbezug nach BAföG?	18
• In welchen Situationen kann ich Leistungen des Jobcenters in Anspruch nehmen?	18
• Gibt es einen Anspruch auf Wohngeld?	19
• Gibt es Leistungen zum Lebensunterhalt aus der Gesetzlichen Krankenversicherung?	19
• Gibt es Leistungen zum Lebensunterhalt aus der gesetzlichen Unfallversicherung oder nach dem Recht der Sozialen Entschädigung?	20
• Kann ich Blindengeld oder Gehörlosengeld erhalten?	20
• Kann ich existenzsichernde Hilfen erhalten, wenn eine unvorhergesehene, schwerwiegende Notlage auftritt?	20

Anerkannte Schwerbehinderung	21
• Kann ich einen Schwerbehindertenausweis beantragen?.....	21
• Können internationale Studierende mit einer Schwerbehinderung Nachteilsausgleiche im Steuerrecht, Arbeitsrecht und bei öffentlichen Leistungen in Anspruch nehmen?.....	21

Content

Foreword	24
-----------------------	-----------

Questions concerning the right of residence	25
• What is required to study in Germany?.....	25
• Are time limits imposed on residence for study purposes?	25
• Can I take up a job or do vocational training if study demands are too high or I do not like the study programme?.....	25
• What happens if my illness worsens and I have to give up studying?.....	25
• Are there restrictions with regard to taking up employment or pursuing self-employment on graduating from higher education?.....	25
• Can I claim social security benefits in Germany to compensate for disadvantages arising from my disability?	26

Advice	26
• Where can I obtain advice on compensation benefits for disadvantages arising from disability?	26

Health insurance, health and nursing care benefits	26
• Which health insurance options do I have in Germany?.....	26
• Which benefits am I entitled to if I am insured by mandatory health insurance?.....	29
• Which other healthcare benefits do I qualify for?.....	30
• Which nursing care benefits do I qualify for?.....	31

Inclusion and participation assistance aids for students with disabilities	32
• How do higher education institutions support students with disabilities?.....	32
• Which social security benefits to compensate for disadvantages arising from a disability can I claim during and after my studies?	32

Benefits for maintenance	34
• Are benefits provided to secure maintenance for students with disabilities from the EU, the EEA and Switzerland?.....	34
• When can I claim benefits in accordance with the German Federal Training Assistance Act (BAföG)?.....	34
• What compensation for disadvantages is available when claiming BAföG benefits?	35
• In which situations am I entitled to “Jobcenter” services?	35
• Can I claim housing benefits?	36
• Can I obtain maintenance benefits via mandatory health insurance?.....	36
• Are maintenance benefits provided on the basis of mandatory accident insurance or in accordance with the law on social compensation?	36

- Can I claim disability benefits for the blind or deaf? 37
- Do I qualify for maintenance benefits if I run into unexpected, severe hardship? 37

Recognised severe disablement 38

- Can I apply for a disability pass? 38
- Can international students with a severe disability claim compensation for disadvantages in tax law, labour law and regarding social security benefits? 38

Die vorliegende Kurzübersicht zu häufig gestellten Fragen bezieht sich nur auf Unionsbürger*innen und Studierende aus Island, Norwegen, Lichtenstein und der Schweiz.

Die Rechte von Studierenden aus Drittstaaten werden in einer gesonderten Kurzübersicht dargestellt.

Vorbemerkung

Die Angehörigen der EU-Staaten können innerhalb der EU frei reisen und sich – unter bestimmten Voraussetzungen – in jedem Staat der EU niederlassen. Geregelt ist dies in der Unionsbürgerrichtlinie 2004/38/EG und im Freizügigkeitsgesetz/EU (FreizügG/EU). Die Staatsangehörigen von Großbritannien und Nordirland werden dann einbezogen, wenn sie ihren Wohnsitz bereits vor dem 1.1.2021 in Deutschland hatten oder als Familienangehörige (§ 3 FreizügG/EU) zu einem freizügigkeitsberechtigten Angehörigen nachgezogen sind, der schon vor dem 1.1.2021 in Deutschland gelebt hat.

Gleichgestellt sind auch die Angehörigen der übrigen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR); das sind Island, Lichtenstein und Norwegen (§ 12 FreizügG/EU). Auch Schweizer Staatsangehörige werden durch ein Abkommen einbezogen, müssen aber eine Aufenthaltserlaubnis-Schweiz (rein deklaratorisch) beantragen (§ 28 AufenthV).

- **Wenn im Folgenden von Unionsbürger*innen gesprochen wird, so werden die Angehörigen des EWR und der Schweiz eingeschlossen, weil auf sie das Freizügigkeitsrecht und die Sozialrechtskoordination der EU angewendet werden.**

Studierende Unionsbürger*innen mit körperlichen, Sinnes- oder seelischen Beeinträchtigungen sind grundsätzlich gleichberechtigt gegenüber nichtbehinderten Unionsbürger*innen beim Zugang zum Studium und dem Recht zum Aufenthalt zum Zweck des Studiums. Unionsbürger*innen sind aber hinsichtlich der Ausbildungsförderung und anderer existenzsichernder Leistungen nicht in gleicher Weise anspruchsberechtigt wie Deutsche. Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten müssen nicht nur die Finanzierung des laufenden Lebensunterhalts und der Ausbildung sicherstellen, sondern darüber hinaus ggf. die Kostenübernahme für Pflegeleistungen, für die medizinische Versorgung, für eine barrierefreie Wohnung, für technische Hilfsmittel und persönliche Assistenzen organisieren. Anders als in manchen anderen Ländern ist das Angebot an Hilfsmitteln und Unterstützungen für Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten an deutschen Hochschulen in der Regel sehr begrenzt.

Stattdessen sind in Deutschland unterschiedliche Sozialleistungsträger für die Finanzierung behinderungsbedingter Bedarfe zuständig. Unionsbürger*innen haben zwar einen grundsätzlichen Anspruch auf Gleichbehandlung, allerdings stehen die Sozialleistungen den Studierenden aus anderen Mitgliedstaaten nicht immer zur Verfügung. Zum Teil, weil die Leistungssysteme des Herkunftsstaats zuständig sind, zum Teil, weil sie durch gesetzliche Regelungen in Deutschland von Leistungen ausdrücklich ausgeschlossen sind.

Vor der Aufnahme eines Studiums in Deutschland sollten sich Studieninteressierte mit Behinderungen und chronischen Krankheiten aus der EU/EWR/Schweiz deshalb genau darüber informieren, welche Leistungen sie in Deutschland unter welchen Voraussetzungen erhalten können und für welche Bedarfe sie selbst Vorsorge treffen müssen.

Als Behinderung gilt eine langfristige (mehr als sechs Monate andauernde) körperliche, seelische, intellektuelle oder Sinnesbeeinträchtigung, welche in Wechselwirkung mit Umweltbarrieren die Betroffenen an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft hindert (Art. 1 BRK, § 2 SGB IX). Dieses Verständnis von Behinderung schließt Menschen mit chronischen Krankheiten ein.

Aufenthaltsrechtliche Fragen

Welche Anforderungen müssen für ein Studium in Deutschland erfüllt sein?

Unionsbürger*innen können ohne besondere Genehmigung zum Zweck des Studiums nach Deutschland einreisen und sich hier aufhalten. Sie müssen während des Studiums aber ihren Lebensunterhalt sichern und über einen ausreichenden Krankenversicherungsschutz verfügen. Die Einkommenssituation muss nur dargelegt werden, sie wird aber nicht überprüft (§ 5a Abs. 1 Satz 2 FreizügG/EU), solange keine Sozialleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts beantragt werden.

Unabhängig von der Sicherung des Lebensunterhalts sind studierende Unionsbürger*innen unter folgenden Voraussetzungen freizügigkeitsberechtigt (§ 3 FreizügG/EU):

- als Kinder von Erwerbstätigen bis zum 21. Lebensjahr und darüber hinaus, wenn sie vor dem 21. Lebensjahr mit mindestens einem Elternteil in Deutschland gelebt haben oder Unterhalt von ihren Eltern erhalten;
- als Ehegatten von Erwerbstätigen;
- als erwerbstätige Studierende, die eine Nebentätigkeit (mindestens ca. fünf Wochenstunden) ausüben;
- als Ehegatten von Deutschen.

Gibt es eine zeitliche Begrenzung für den Aufenthalt zu Studienzwecken?

Nein, solange der Lebensunterhalt gesichert ist und keine Leistungen zur Sicherung des Existenzminimums beansprucht werden.

Kann ich eine Arbeit aufnehmen oder eine Ausbildung machen, wenn die Anforderungen des Studiums zu hoch sind oder das Studium mir nicht gefällt?

Unionsbürger*innen können jederzeit eine Ausbildung in Deutschland beginnen. Sie gelten dann als Arbeitnehmer*innen und haben einen Anspruch auf alle Sozialleistungen in gleicher Weise wie deutsche Staatsangehörige (Art. 7 Arbeitnehmerverordnung 492/2011). Dasselbe gilt auch, wenn sie eine Beschäftigung aufnehmen, auch wenn diese nicht sozialversicherungspflichtig ist (Mini-Job) und durch diese Tätigkeit der Lebensunterhalt nicht gesichert ist. Auch selbständig Erwerbstätige sind Arbeitnehmer*innen weitgehend gleichgestellt. Wichtig ist hier allerdings, dass nicht nur ein Gewerbe oder ein freier Beruf angemeldet wird, sondern auch nachgewiesen werden kann, dass eine Tätigkeit am Markt entwickelt wird, die auf Gewinnerzielung ausgerichtet ist.

Was passiert, wenn sich meine Krankheit verschlimmert und ich mein Studium aufgeben muss?

Das Freizügigkeitsrecht kann auch verloren gehen, wenn das Studium unverschuldet durch eine Krankheit oder Behinderung nicht mehr betrieben werden kann und wenn der Lebensunterhalt nicht mehr gesichert ist. Erst wenn ein Daueraufenthaltsrecht besteht (in der Regel nach fünf Jahren Aufenthalt, § 5a AufenthG), entsteht ein Aufenthaltsrecht unabhängig vom Studium oder der Sicherung des

Lebensunterhalts mit einer vollständigen sozialrechtlichen Gleichstellung mit deutschen Staatsangehörigen.

Gibt es nach der erfolgreichen Beendigung des Studiums Einschränkungen bei der Aufnahme einer Beschäftigung oder selbständigen Erwerbstätigkeit?

Nein.

Kann ich Sozialleistungen zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile in Deutschland in Anspruch nehmen?

Nur mit Einschränkungen. Die Sozialleistungen zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile werden in Deutschland von verschiedenen Leistungsträgern (Reha-Trägern) erbracht. Von besonderer Relevanz für Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten sind die Leistungen der gesetzlichen Pflege- und Krankenversicherung, der gesetzlichen Unfallversicherung und der Eingliederungshilfe. Wer diese Leistungen erhalten kann, wird unter den folgenden Fragen näher erklärt.

Beratung

Wo kann ich mich über Leistungen zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile beraten lassen?

Vor der Einreise zum Zweck des Studiums sollten ausländische Studieninteressierte mit Behinderungen Kontakt zu den **Sozialberatungsstellen der örtlichen Studenten- und Studierendenwerke** und den **Beratungsstellen für Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten der Hochschulen** aufnehmen. Sie unterstützen die Studierenden mit wichtigen Informationen und übernehmen Lotsenfunktion (Recherche über: <https://www.studierendenwerke.de/themen/studieren-mit-behinderung/beratung-studierender-mit-behinderungen/beratungssuche>). Die Sozialberatungsstellen sind auch erste Anlaufstellen, wenn Studierende in finanzielle Notlagen geraten oder Schwierigkeiten mit der Krankenversicherung haben.

Die **Sozialleistungsträger** sollen alle erforderlichen Informationen barrierefrei zur Verfügung stellen, eine frühzeitige Feststellung des Bedarfs ermöglichen und über die Leistungen und die Ansprechpartner*innen für eine persönliche Beratung informieren. Die Betroffenen können verlangen, dass für sie ein Plan über die erforderlichen Leistungen aufgestellt wird und dafür auch der Bedarf systematisch erfasst wird. Die Betroffenen können sich jederzeit an die Träger der Eingliederungshilfe (in den einzelnen Bundesländern verschieden) wenden und beraten lassen (§ 106 SGB IX). Dabei können sie sich durch Personen unterstützen lassen, die sie selbst bestimmen. In den letzten Jahren wurde zusätzlich ein Netz von unabhängigen Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung (§ 32 SGB IX) geschaffen, die teilweise auf bestimmte Beeinträchtigungen spezialisiert sind (<https://teilhabe-beratung.de/>).

Krankenversicherung, Gesundheits- und Pflegeleistungen

Welche Möglichkeiten der Krankenversicherung bestehen für mich in Deutschland?

1. Die gesetzliche Pflichtversicherung

Die **wichtigste Versicherung** ist die gesetzliche Pflichtversicherung (GKV), in der jeder in einem Fachstudiengang eingeschriebene Studierende Mitglied ist, wenn keine Befreiung beantragt wurde. Die gesetzlichen Versicherungen dürfen keine Person wegen ihrer Behinderung abweisen.

Die Versicherung endet normalerweise mit dem 30. Geburtstag. Internationale Studierende können jedoch eine Verlängerung beantragen, entweder, wenn sie die Zugangsberechtigung zum Studium erst spät erlangt haben, oder wenn sie nachweisen können, dass sich ihr Studium behinderungsbedingt verzögert hat. Endet die Pflichtversicherung, so kann sie freiwillig fortgesetzt werden (siehe unten).

Unionsbürger*innen sind von der studentischen Pflichtversicherung befreit, wenn sie in einem anderen EU-Staat (bzw. EWR/Schweiz) in einer gesetzlichen Versicherung oder einem Gesundheitsfonds gegen Krankheit abgesichert sind (siehe Sachleistungsaushilfe). Wenn die Versicherung in dem anderen Mitgliedstaat endet, werden sie automatisch in der gesetzlichen Versicherung für Studierende versichert.

- **Wichtig:** Studierende, die nicht oder nicht mehr in einem anderen Mitgliedstaat versichert sind, können sich von der Pflichtversicherung für Studierende befreien lassen, indem sie eine Privatversicherung nachweisen. Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten ist von der Befreiung dringend abzuraten, weil günstige Privatversicherungen alle Vorerkrankungen ausschließen und zumeist auch Leistungen der medizinischen Reha. Auch vergeben Studierende sich damit die Möglichkeit, sich im Anschluss an eine studentische GKV freiwillig in der GKV weiter zu versichern.
- **Wichtig:** Eine Befreiung von der GKV bleibt das gesamte Studium wirksam; es gibt **kein Zurück in die gesetzliche Krankenversicherung**. Wenn eine Behinderung erst im Laufe des Studiums auftritt, gibt es keinen Zugang mehr zu den umfangreichen Leistungen der GKV.

2. Sachleistungsaushilfe für in einem anderen EU-Staat versicherte Unionsbürger*innen

Unionsbürger*innen können sich in ihrem Herkunftsland gesetzlich krankenversichern und mit dem Nachweis dieses Versicherungsverhältnisses (European Health Insurance Card, EHIC) ihre Versicherungspflicht gegenüber der Hochschule nachweisen. Falls es damit Probleme gibt, ist jede Krankenkasse verpflichtet, zu bescheinigen, dass sie von der Versicherungspflicht in der GKV befreit sind. Diesen Vorgang nennt das Europäische Recht „Sachleistungsaushilfe“ (Art. 17 VO 883/2004).

- **Empfehlung:** Für Unionsbürger*innen empfiehlt sich eine gesetzliche Versicherung im Herkunftsstaat, wenn diese günstiger ist als die Mitgliedschaft in der studentischen Pflichtversicherung. Oft sind sie auch beitragsfrei bei ihren Eltern mitversichert. Sollte die gesetzliche Versicherung im Herkunftsstaat enden, können sie in die studentische GKV wechseln. Waren sie aber im Herkunftsland privat versichert, so ist dies nicht möglich.

Die Versicherung in einem anderen Mitgliedstaat, am Wohnsitz ihrer Herkunftsfamilie, ist jedoch nicht mehr möglich, wenn

- Studierende in Deutschland eine Beschäftigung, eine selbständige Tätigkeit oder ein bezahltes Praktikum (entsprechend dem Mindestlohngesetz) aufnehmen. Darunter fallen auch Mini-Jobs, wenn sie zumindest 4 – 6 Wochenstunden ausgeübt werden (Zuständigkeit der GKV nach der Erwerbstätigkeit).
- Studierende in Deutschland eine eigene Familie gründen oder sich endgültig von der Herkunftsfamilie abnabeln, um dauerhaft, auch unabhängig vom Studium, in Deutschland zu verbleiben (Zuständigkeit der GKV nach dem Wohnsitz).

3. Die Familienversicherung

Lebt ein Elternteil in Deutschland und ist Mitglied der GKV, so werden Kinder bis zum 25. Geburtstag familienversichert, wenn sie als Studierende eingeschrieben sind (auch für ein studienvorbereitendes Studienkolleg). Es kommt nicht darauf an, dass sie mit ihren Eltern zusammenleben. Endet die Familienversicherung, können sie in die studentische GKV wechseln. Wenn die Voraussetzungen hierfür nicht vorliegen (z.B. Promotion oder nach dem 30. Geburtstag) bleiben sie als freiwilliges Mitglied in der GKV (§ 188 Abs. 4 SGB V), wenn sie keinen anderweitigen Versicherungsschutz nachweisen. Kinder mit einer Behinderung bleiben ohne Altersgrenze in der Familienversicherung, soweit und solange sie wegen der Behinderung nicht in der Lage sind, ein Einkommen zu erzielen, welches ausreicht, um den Lebensunterhalt zu decken (ca. 900 – 1.000 Euro).

4. Pflichtversicherung als Arbeitnehmer*in während des Studiums

Die Pflichtversicherung als Arbeitnehmer*in setzt für Studierende erst bei einer Beschäftigung von mehr als 20 Wochenstunden ein. Zusätzlich ist darauf zu achten, dass Nebentätigkeiten während der Studienzeit bis zu drei Monaten oder 70 Tagen im Jahr als geringfügige und damit nicht versicherte Beschäftigungen gelten (§ 8 SGB IV). Privat versicherte Studierende können so nur schwer den Wechsel in die GKV durch eine Beschäftigung während des Studiums erreichen. Nach einer Beschäftigung von mehr als 20 Wochenstunden über einen Zeitraum von mehr als drei Monaten wird die Versicherung als freiwillige Anschlussversicherung (§ 188 Abs. 4 SGB V) fortgeführt.

5. Freiwillige Versicherung in der GKV

Eine freiwillige Versicherung kann sich in der Regel nur an eine Zeit der Pflichtversicherung anschließen. Wichtig ist diese Option für alle Studierenden, die die Altersgrenze (in der Regel ab 30 Jahre) überschritten haben. Ebenso können sich Promovierende, die nicht mehr von der studentischen Pflichtversicherung erfasst werden, freiwillig versichern.

Wer bislang in einem anderen EU-Staat mindesten 12 Monate versichert (oder einem Gesundheitsfonds angeschlossen) war und seinen Wohnsitz (Lebensmittelpunkt) nach Deutschland verlegt hat, kann innerhalb von drei Monaten, anknüpfend an diese Vorversicherung, als freiwilliges Mitglied der GKV in Deutschland beitreten (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 SGB V).

- **Wichtig:** Voraussetzung für eine freiwillige Versicherung in der GKV ist eine vorangegangene Mitgliedschaft in einem Versicherungssystem eines anderen EU-Staates (EWR/Schweiz), der studentischen Pflichtversicherung (siehe oben), der Versicherung als Beschäftigte oder der Familienversicherung.

6. Auffangversicherung

Wer bei Einreise noch nicht in ein Fachstudium eingeschrieben ist, sondern **zum Zweck der Studienbewerbung oder Studienvorbereitung** kommt und keiner gesetzlichen Versicherung in einem anderen EU-Staat angehört oder innerhalb der letzten drei Monate angehört hat, kann nicht freiwilliges Mitglied in der GKV werden. Das gilt auch für Promotions-Studierende, die nicht durch eine Beschäftigung an der Hochschule pflichtversichert sind. Auch Studierende, die nach dem 30. Geburtstag in Deutschland ein Studium aufnehmen, sind nicht mehr als Studierende pflichtversichert. Die Auffangversicherung (§ 5 Abs. 1 Nr. 13 SGB V) ist für Unionsbürger*innen in der Phase der Studienvorbereitung, während eines reinen Promotionsstudiums oder einem Studienbeginn ab dem 30. Geburtstag versperrt, weil ihr Aufenthaltsrecht gerade davon abhängt, dass sie einen Krankenversicherungsschutz nachweisen können (§ 5 Abs. 11 SGB V).

Das gilt nicht für Unionsbürger*innen, die gleichzeitig erwerbstätig sind, sei es auch nur in geringem Umfang (ab 4 – 6 Wochenstunden). Durch den Status als Erwerbstätige sind sie freizügigkeitsberechtigt, auch ohne eine KV nachzuweisen und deshalb fallen sie in die Auffangversicherung, es sei denn sie waren zuvor privat versichert (§ 5 Abs. 1 Nr. 13 SGB V).

7. Privatversicherung

Es besteht auch die Möglichkeit, sich für das gesamte Studium von der Versicherungspflicht befreien zu lassen. Studierende mit Behinderung sind in den typischen Ausbildungsversicherungen mit niedrigen Monatsbeiträgen völlig unzureichend versichert, insbesondere weil diese Versicherungen sämtliche Vorerkrankungen ausschließen. Für einen vollen Versicherungsschutz bleibt ihnen meist nur der Abschluss im Basistarifs der privaten KV (Höchstbeitrag zurzeit ca. 960 Euro incl. Pflegeversicherung, aktuelle Obergrenze siehe: <https://www.gesetzlichekrankenkassen.de/grenzen/grenzen.html>, um 50 % reduzierter Beitrag ca. 480 Euro bei Nachweis eines geringen Einkommens). Nur hier gibt es keine Gesundheitsuntersuchung und die Leistungen entsprechen denen der GKV.

- **Empfehlung:** Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten sollten sich, sobald sie sich in ihr Studienfach eingeschrieben haben, in der gesetzlichen Krankenversicherung versichern und sich nicht zugunsten der privaten Krankenversicherung befreien lassen.

Welche Leistungen kann ich erhalten, wenn ich in der gesetzlichen studentischen Krankenversicherung versichert bin?

Die medizinische Versorgung der GKV umfasst:

- Ärztliche Behandlung,
- Psychotherapeutische Behandlung,
- Medikamente,
- Heilmittel (ärztlich verordnete Therapien),
- Hilfsmittel (z.B. Körperersatzstücke nach Genehmigung durch die GKV),
- Krankenhausbehandlung.

Die Leistungen der GKV sind auf medizinische Maßnahmen begrenzt, d. h. auf solche, die auf Heilung eines Krankheitszustandes ausgerichtet sind und die von Ärzten ausgeführt oder zugewiesen werden.

Die Krankenkasse bezahlt nur ganz bestimmte Hilfsmittel, die den Erfolg der Krankenbehandlung sichern, eine Behinderung ausgleichen oder einer drohenden Behinderung vorbeugen. Zu den

Hilfsmitteln gehören z. B. Hörhilfen, Prothesen, orthopädische und technische Hilfsmittel oder ein Mobilitätstraining für Blinde. (Hilfsmittelverzeichnis: <https://hilfsmittel.gkv-spitzenverband.de/home>). Behinderungsbedingt erforderliche studienbezogene Hilfsmittel werden dagegen nicht von der Krankenversicherung finanziert.

Nach Unfällen, größeren Operationen und schweren Erkrankungen wird die Reha in Form der Anschlussheilbehandlung in Reha-Kliniken oder -Zentren erbracht.

Bei psychischen Erkrankungen muss die Therapie von der GKV genehmigt werden. Den Antrag stellen die Therapeut*innen spätestens nach der 5. Therapieeinheit.

Für Medikamente, Heilmittel und Krankenhausbehandlungen werden bestimmte Selbstbeteiligungen fällig, die aber auf 2 % des Einkommens, bei chronisch Kranken auf 1 %, beschränkt sind. Zur Berechnung müssen Studierende ihre tatsächlichen Einkommensverhältnisse nachweisen, mindestens wird der BAföG-Satz zugrunde gelegt. Im Studienjahr 2023/2024 ergibt sich eine Jahreszahlungsgrenze von 93,40 Euro für chronisch Kranke (aktuelle Zahlen unter: <https://www.krankenkasseninfo.de/leistungen/gesetzliche-leistungen/zuzahlungsbefreiung-29.html>).

Auf welche Gesundheitsleistungen habe ich sonst noch Anspruch?

1. Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung

Eingeschriebene Studierende sind in der **gesetzlichen Unfallversicherung** (GUV) versichert. Die Leistungen setzen ein, wenn Studierende bei der Durchführung des Studiums einschließlich der Anfahrtswege zur Hochschule oder während eines Praktikums oder einer Nebenbeschäftigung (dann aber als Arbeitnehmer*innen) einen Unfall erleiden (§ 2 Abs. 1 Nr. 8c SGB VII). Die GUV kann auch bei Berufskrankheiten zuständig sein; derartige Erkrankungen sind bei Studierenden aber selten.

- **Wichtig:** Die Leistungen der Unfallversicherung sind vom aufenthaltsrechtlichen Status der Studierenden völlig unabhängig. Sie gehen den Leistungsansprüchen gegenüber der GKV vor und sind oft umfangreicher als diese, weil sie sich auch auf Fahrtkosten, nicht verschreibungspflichtige Medikamente etc. erstrecken und keine Zuzahlungen verlangt werden.

2. Leistungen der Sozialen Entschädigung nach SGB XIV

Leistungen der medizinischen Rehabilitation werden ab dem 1.1.2024 auch nach dem Gesetz über die Soziale Entschädigung (SGB XIV) erbracht. Der Leistungsanspruch setzt eine gesundheitliche **Schädigung durch einen vorsätzlichen, rechtswidrigen tätlichen Angriff in Deutschland** voraus (§ 13 Abs. 1 SGB XIV). Erfasst werden physische und psychische Gewalttaten, u.a. Sexualdelikte (§ 13 Abs. 2 SGB XIV), aber auch Vernachlässigung von Kindern oder der Umgang mit Kinderpornographie (§ 14 Abs. 1 SGB XIV). Auch geschädigte Angehörige oder auf sonstige Weise Geschädigte können Ansprüche nach diesem Gesetz haben (§ 14 Abs. 2 SGB XIV).

Soziale Entschädigung wird auch an Personen gezahlt, die durch eine offiziell vorgeschriebene oder empfohlene Impfung geschädigt werden (§ 24 SGB XIV).

Der Antrag muss an den zuständigen Träger der Sozialen Entschädigung nach Landesrecht (§ 111 SGB XIV) gerichtet werden. Unterstützung bietet die Organisation „**Weißer Ring**“ (<https://weisser-ring.de/>).

Die Soziale Entschädigung bietet auch Schnelle Hilfen, die schon vor einem Antrag auf Entschädigung einsetzen können (§§ 11 Abs. 4 und 5, 29 ff. SGB XIV). Die Ansprüche auf Krankenbehandlung und psychotherapeutische Versorgung gehen über die Leistungen der GKV hinaus, es werden auch Dolmetscherleistungen erbracht. Auch alle übrigen Teilhabeleistungen, Pflegeleistungen, Entschädigungsleistungen, Berufsschadensausgleich und Leistungen zum Lebensunterhalt etc. können unter bestimmten Voraussetzungen erbracht werden.

Es gibt keine Leistungseinschränkungen mehr für Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Auf welche Pflegeleistungen habe ich Anspruch?

1. Leistungen der Pflegeversicherung

Jede Person, die in einer gesetzlichen oder einer privaten Krankenversicherung versichert ist, ist zugleich verpflichtend Mitglied in einer gesetzlichen oder privaten Pflegeversicherung (§§ 20, 23 SGB XI).

- **Wichtig:** Die Leistungen der Pflegeversicherung werden erst nach einer Mitgliedschaft von zwei Jahren erbracht (§ 33 Abs. 2 Satz 1 SGB XI). Für Familienversicherte reicht es aus, wenn einer der Elternteile bereits seit zwei Jahren versichert ist. Sobald ein Leistungsanspruch nach Ablauf der Wartezeit besteht, können studierende Unionsbürger*innen die Leistungen der Pflegeversicherung ohne Einschränkungen in Anspruch nehmen. Ob auch Vorversicherungszeiten in einem Krankenversicherungssystem eines anderen Mitgliedstaates angerechnet werden, ist noch nicht abschließend geklärt.
- **Wichtig:** Pflegeleistungen werden auch als Sachleistungsaushilfe für Unionsbürger*innen gezahlt, die in einem anderen EU-Staat krankenversichert sind, weil die Leistungen im Rahmen der europäischen Koordination als Leistungen der Krankenversicherung gelten. Für sie gilt in Deutschland keine Wartefrist.

2. Hilfe zur Pflege

Ergänzend oder ersetzend wird Hilfe zur Pflege als Sozialhilfeleistung von den Sozialämtern erbracht. Da es sich um eine steuerfinanzierte Leistung handelt, kann sie nur beansprucht werden, wenn der Einsatz eigener finanzieller Mittel nicht zumutbar ist. Dabei werden auch Vermögenswerte im Ausland berücksichtigt.

- **Wichtig:** Hilfe zur Pflege ist während eines Studienaufenthalts in den ersten drei Monaten des Aufenthalts ausgeschlossen, es sei denn, es wird gleichzeitig eine Erwerbstätigkeit ausgeübt. Anschließend besteht für Unionsbürger*innen ein Anspruch auf Hilfe zur Pflege (§§ 61 ff., § 23 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII).

Während des Aufenthalts nach dem Studium zur Arbeitsuche können Unionsbürger*innen (ausgenommen Erwerbstätige) keine Hilfe zur Pflege beanspruchen, weil Sozialhilfeleistungen in dieser Zeit generell ausgeschlossen sind (§ 23 Abs. 3 Nr. 2 SGB XII). Dieser Leistungsausschluss gilt nicht für Angehörige der EFA-Staaten (Belgien, Dänemark ohne die Färöer und Grönland, Estland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, Spanien.), weil Art. 1 EFA einen Anspruch auf Sozialhilfe gewährt, wenn ein rechtmäßiger Aufenthalt besteht.

3. Leistungen der Unfallversicherungen und durch die Träger der Sozialen Entschädigung

Nach Unfällen im Bereich der Hochschule erbringt die Unfallversicherung vorrangig vor der gesetzlichen Pflegeversicherung Leistungen bei Pflegebedürftigkeit. Es handelt sich insbesondere um Pflegegeld, dessen Höhe von dem Grad der Schädigung abhängt, es können aber auch Pflegesachleistungen finanziert werden. Auch die Träger der Sozialen Entschädigung gewähren bei einer Schädigung durch eine Gewalttat oder bei Impfschäden Pflegeleistungen im erforderlichen Umfang.

Teilhabeleistungen für Studierende mit Behinderung

Welche Unterstützungsleistungen für Studierende mit Behinderungen erbringen die Hochschulen?

Für die Hochschulen gelten die Landesgesetze zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, die für alle Bundesländer bestehen. Die Gesetze verpflichten die staatlichen Hochschulen zu einer barrierefreien Gestaltung. Die Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Hochschuleinrichtungen muss für alle Studierenden gewährleistet werden. Auch die Kommunikation im Bereich der Zulassung und Einschreibung, mit dem Prüfungsausschuss und den Organen der Hochschule muss barrierefrei sichergestellt werden. Das Hochschulrahmengesetz und die Hochschulgesetze der Länder enthalten auch Regelungen über die soziale Förderung von Studierenden mit Behinderungen. Die Ausgestaltung der Förderpflichten bleiben in allen Hochschulgesetzen sehr allgemein und begründen keine individuellen Leistungsverpflichtungen.

Welche staatlichen Sozialleistungen zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile kann ich während und nach dem Studium in Anspruch nehmen?

1. Unfallversicherung und Soziale Entschädigung

Studierende, die wegen einer in Deutschland eingetretenen Behinderung Ansprüche gegenüber der Unfallversicherung oder nach dem Gesetz über Soziale Entschädigung (Gewalttaten oder Impfschäden) haben, erhalten die erforderlichen Teilhabeleistungen für ein Hochschulstudium sowie zur beruflichen und sozialen Teilhabe von der Unfallversicherung oder von den Leistungsträgern der Sozialen Entschädigung (unterschiedlich in den verschiedenen Bundesländern).

2. Leistungen des Herkunftslandes

Soweit studierende Unionsbürger*innen Leistungen von Versicherungen und Versorgungsinstitutionen in ihren Herkunftsstaaten (anderer EU/EWR-Staat, Schweiz) erhalten, können sie diese in aller Regel während des Studiums nach Deutschland exportieren. Leistungen der Sozialhilfe und steuerfinanzierte Sonderleistungen für Menschen mit Behinderung sind dagegen nach den Regeln der Europäischen Sozialrechtskoordination (Art. 70 VO 883/2004) nicht exportierbar. Die Gesetze der einzelnen Mitgliedstaaten können aber Sonderregeln für Auslandssemester enthalten.

3. Leistungen der Eingliederungshilfe

Für Eingliederungshilfeleistungen wird die Leistungsträger in Deutschland nur dann zuständig, wenn die Studierenden ihren Lebensmittelpunkt (Wohnsitz) nach Deutschland verlegt haben. Soweit ihre Bindungen hauptsächlich zur Herkunftsfamilie in einem anderen Mitgliedstaat bestehen, sie dorthin

regelmäßig zurückkehren und/oder die Eltern Unterhalt leisten, sind alle Ansprüche auf Eingliederungshilfe an die Leistungsträger im Herkunftsland zu richten.

- **Wichtig:** Studierende aus den EU-Staaten haben nur dann einen Anspruch auf Eingliederungshilfe, wenn ihre familiären, beruflichen und persönlichen Bindungen schwerpunktmäßig in Deutschland liegen und sie hier auch krankenversichert sind.

Bei den Leistungen der Eingliederungshilfe für Studierende handelt sich insbesondere um:

- Technische Hilfsmittel zur Durchführung des Studiums,
- Kommunikationshilfen,
- persönliche Assistenz zur Durchführung des Studiums,
- behinderungsbedingt erhöhte Fahrtkosten zur Hochschule,
- Finanzierung besonderer Wohnformen, die aufgrund der Behinderung nötig werden,
- Leistungen zur Freizeitgestaltung,
- Leistungen im Behindertensport,
- Fahrdienste.

Detaillierte Ausführungen finden sich in der Empfehlung der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS) zu den Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zum Besuch einer Hochschule (<http://www.lwl.org/spur-download/bag/hochschulempfehlungen2012.pdf>) und auf der Homepage des Deutschen Studentenwerks (<https://www.studierendenwerke.de/themen/studieren-mit-behinderung>).

Nach dem Studium: Unionsbürger*innen, die nach Abschluss des Studiums den Aufenthalt zum Zweck der Arbeitssuche fortsetzen, verlegen damit in der Regel auch ihren Lebensmittelpunkt nach Deutschland. Sie haben dann als Arbeitssuchende ein Recht zum Aufenthalt (Freizügigkeitsberechtigung) und damit einen Zugang zu allen Leistungen der Eingliederungshilfe. Nur wenn Unionsbürger*innen aus bestimmten persönlichen Gründen nicht oder nicht mehr als Arbeitssuchende anzusehen sind und auch keiner (auch nur geringfügigen) Erwerbstätigkeit nachgehen, kann ihr Recht zum Aufenthalt und damit auch ihr Leistungsanspruch verloren gehen.

4. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

Als bislang noch wenig erprobte Möglichkeit kommen auch Leistungen der Teilhabe am Arbeitsleben, wie technische und personelle Kommunikationshilfen, Schreibhilfen, Assistenz etc. durch die Bundesagentur für Arbeit in Betracht. Die Leistungen werden nur erbracht, wenn der angestrebte Studienabschluss unter Berücksichtigung der Behinderung erreichbar ist, und dieser anschließend am Arbeitsmarkt in Deutschland oder in einem anderen EU-Staat verwertet werden kann und soll.

- **Wichtig:** Leistungen der Teilhabe am Arbeitsleben werden unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status erbracht.

Die Arbeitsagenturen sind in jedem Fall verpflichtet, Anträge auf Teilhabeleistungen entgegenzunehmen und entweder innerhalb von zwei Wochen weiterzuleiten oder inhaltlich über den Bedarf zu entscheiden (§ 14 SGB IX). Unterstützung bei der Antragstellung bieten auch die unabhängigen Beratungsstellen (<https://teilhabe-beratung.de/>).

Nach einem Studienabschluss bestehen Ansprüche (nach Ermessen) gegenüber der Arbeitsagentur auf Leistungen der Arbeitsmarktintegration (Bewerbungskosten, Übersetzung von Dokumenten, Trainingsmaßnahmen, Praktika, Eingliederungszuschüsse für behinderte und schwerbehinderte

Menschen) in gleichem Umfang wie für Deutsche. Diese Ansprüche sind in Art. 5 der Arbeitnehmerverordnung (EU) 492/2011 geregelt.

Sicherung des Lebensunterhalts

Gibt es Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts für Studierende mit einer Behinderung aus EU, EWR und der Schweiz?

Der Lebensunterhalt muss von Studierenden aus EU-Staaten, die zum Zweck des Studiums einreisen, aus eigenen Mitteln sichergestellt werden (§ 4 FreizügG/EU). Das gilt auch für Studierende mit Behinderung. Allerdings gibt es für Unionsbürger*innen Ausnahmen von diesem Grundsatz, insbesondere, wenn sie selbst oder ihre Eltern in Deutschland arbeiten oder gearbeitet haben. Die Einzelheiten werden unter den folgenden Fragestellungen erläutert.

Wann bestehen Ansprüche nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)?

Soweit die übrigen Anforderungen des BAföG-Gesetzes erfüllt sind (Einkommensanrechnung der Eltern, Erststudium bzw. Studienwechsel bis zum 3. Semester, Alter etc.) bestehen Leistungsansprüche für Studierende, wenn

- sie selbst Arbeitnehmer*innen oder selbständig erwerbstätig sind (§ 8 Abs. 1 Nr. 3 BAföG). Es muss sich nicht um eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung handeln, ausreichend sind ca. vier bis sechs Wochenstunden.
- sie ehemalige Arbeitnehmer*innen sind, die vor dem Studium einer Beschäftigung nachgegangen sind, die in einem inhaltlichen Zusammenhang mit dem Studium steht (§ 8 Abs. 1 Nr. 4 BAföG). Die Regelung muss erweitert werden auf Personen, die ihre Erwerbstätigkeit unfreiwillig aufgeben mussten (VwV BAföG 8.1.13). Insbesondere ist an Personen zu denken, die wegen einer Behinderung ihre bisherige Berufstätigkeit aufgeben müssen und die durch ein Studium eine geeignete Berufsalternative erwerben.
- sie Familienangehörige (Ehegatten, Lebenspartner, Kinder bis zum 21. Geburtstag) von Erwerbstätigen, ehemals Erwerbstätigen oder Daueraufenthaltsberechtigten sind, die in Deutschland leben. Das Aufenthaltsrecht bleibt auch dann bestehen, wenn die Stammberechtigten wegziehen oder verstorben sind (§ 8 Abs. 1 Nr. 3 BAföG). Das abgeleitete Freizügigkeitsrecht muss bereits vor dem 21. Geburtstag entstanden sein, das Studium kann jedoch auch später aufgenommen werden (VwV BAföG 8.1.10).
- sie Familienangehörige von Deutschen sind, weil sie sonst ungünstiger behandelt würden, als Drittstaatsangehörige mit deutschen Familienangehörigen (§ 8 Abs. 2 Nr. 1 BAföG i. V. m. § 28 AufenthG); erfasst werden auch die personensorgeberechtigten Elternteile von Kindern mit deutscher Staatsangehörigkeit (VwV BAföG 8.1.4).
- sie daueraufenthaltsberechtigt sind (§ 8 Abs. 1 Nr. 2 BAföG; in der Regel nach fünf Jahren Aufenthalt).

Welche Nachteilsausgleiche gibt es beim Leistungsbezug nach BAföG?

Die **Förderungsdauer** kann verlängert werden, wenn

- eine Krankheit zu einem erheblich erhöhten Studienaufwand führt (15.3.3 BAföG VwV) oder
- infolge einer Behinderung eine längere Studiendauer erforderlich wird, z.B.
 - Sinnesbeeinträchtigungen zu einem erheblich höheren Lernaufwand führen,
 - neurologische Erkrankungen (z.B. Epilepsie) zu Belastungseinschränkungen und kurzfristigen Ausfällen führen,
 - psychische Erkrankungen zu einem höheren Lernaufwand führen oder Konzentrationsstörungen auslösen.

Bei der **Einkommensberücksichtigung** werden Entschädigungszahlungen nach dem SGB XIV (zum Ausgleich des erlittenen Unrechts) nicht angerechnet (§ 21 Abs. 4 Nr. 1 BAföG). Zur Vermeidung einer unbilligen Härte können Einkommensteile unberücksichtigt bleiben, die zur Deckung besonderer Kosten der Ausbildung erforderlich sind, höchstens bis zu 205 Euro im Monat (§ 23 Abs. 5 BAföG; VwV BAföG 23.5.1; Aktualisierung siehe: <https://www.bafög.de/bafög/de/rechtsgrundlagen/allgemeine-verwaltungsvorschriften-zum-bafög-bafög-vwv/allgemeine-verwaltungsvorschriften-zum-bafög-bafög-vwv.html>). Bei der Anrechnung des Einkommens von Ehegatten und Eltern können besondere Mehrbelastungen unberücksichtigt bleiben. Entweder kann die Pauschale nach § 33b EStG abgesetzt werden oder es können die tatsächlich entstandenen Kosten geltend gemacht werden (§ 25 Abs. 6 BAföG; VwV BAföG 25.6.5, Aktualisierung siehe: Link s.o.).

Bei der **Rückzahlungsverpflichtung** wird das zu berücksichtigende Einkommen um die behinderungsbedingten Aufwendungen nach § 33b EStG vermindert.

In welchen Situationen kann ich Leistungen des Jobcenters in Anspruch nehmen?

Studierende allgemein (auch deutsche) werden aus dem Leistungssystem des Jobcenters weitgehend ausgeschlossen.

Das gilt aber nur für Studierende in Vollzeitstudiengängen, nicht für studienvorbereitende Maßnahmen, Teilzeitstudiengänge und Promovierende (ohne Beschäftigungsverhältnis). Auch während des Leistungsausschluss für Studierende können grundsätzlich folgende Leistungen beansprucht werden:

- **Ergänzende Leistungen:** Diese Leistungen können nur Studierende erhalten, die einen BAföG-Anspruch haben oder ohne Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen hätten und die im Haushalt der Eltern leben (§ 7 Abs. 6 Nr. 2 SGB II).
- **Urlaubssemester:** Der Leistungsausschluss gilt nicht für Zeiten, in denen das Studium durch ein Urlaubssemester unterbrochen wird, wenn in dieser Zeit tatsächlich keine Studien- oder Prüfungsleistungen erbracht werden.
- **Behinderungsbedingte Bedarfe:** Mehrbedarfe können wegen krankheitsbedingten Mehraufwendungen für Ernährung (siehe Empfehlungen des Deutschen Vereins) nach § 27 Abs. 2 i.V.m. § 21 Abs. 5 SGB II geltend gemacht werden. Auch Mehrbedarfe wegen eines unabweislichen laufenden Mehrbedarfs können berücksichtigt werden. Hierzu können Kosten für Haushaltshilfen gehören, wenn diese nicht im Rahmen der Pflege erbracht werden, weil kein Pflegegrad festgestellt wurde. Weitere mögliche Leistungen sind Kosten für laufende,

unverzichtbare Medikamente, die nicht in den Katalog der GKV gehören, oder Fahrtkosten zu einer von der GKV finanzierten Therapie. Auch die Ansprüche auf Mehrbedarfe während der Schwangerschaft, für Alleinerziehende und als einmalige Leistung bei Schwangerschaft und Geburt bestehen auch für Studierende (§ 27 Abs. 2 i.V.m. § 21 Abs. 2, 3 und 6, § 24 Abs. 3 Nr.2 SGB II).

- **Leistungen in Härtefällen:** Diese Leistungen können nach § 27 Abs. 3 SGB II übernommen werden, z.B. wenn sich der Bildungsverlauf behinderungsbedingt, eventuell verstärkt durch Migrations- oder Fluchterfahrungen, verzögert hat. Zu berücksichtigen ist auch, dass Menschen mit einer Behinderung in besonderer Weise auf einen qualifizierten Berufsabschluss angewiesen sind, weil sie ihre Kompetenzen nur so angemessen für eine Erwerbstätigkeit nutzen können.
- **Wichtig:** Unionsbürger*innen sind als Studierende in der Zeit der Studienvorbereitung und in der Zeit einer Arbeitssuche nach dem Studium verpflichtet, ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln zu bestreiten (§ 4 FreizügG/EU). Auf Bürgergeld können sie nicht zurückgreifen, weil sie dann kein Aufenthaltsrecht mehr haben und gerade dies zum Leistungsausschluss nach § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 a) SGB II führt.

Lediglich Unionsbürger*innen mit einem Anspruch auf BAföG (siehe entsprechende Frage) haben auch Ansprüche auf die ergänzenden Leistungen nach SGB II und in den Zeiten einer Studienvorbereitung sowie während einer Unterbrechung durch ein Urlaubssemester auf volle Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach SGB II.

Nach dem Studium: Unionsbürger*innen können nach einem Studienabschluss oder auch einem Studienabbruch weder Leistungen des Jobcenters (§ 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Buchstabe a) oder b) SGB II) noch der Sozialhilfe (§ 23 Abs. 3 SGB XII) in Anspruch nehmen, weil sie sich entweder zum Zweck der Arbeitssuche in Deutschland aufhalten oder kein Aufenthaltsrecht besteht. Sie werden auf die Überbrückungsleistungen verwiesen. Sobald sie aber über eine Erwerbstätigkeit (ab ca. fünf Wochenstunden) verfügen, haben sie als Arbeitnehmer*innen oder Selbständige wieder Anspruch auf alle Leistungen.

Wenn Unionsbürger*innen weder arbeiten noch über eine Sicherung des Lebensunterhalts verfügen, kann die Ausländerbehörde in den ersten fünf Jahren ihres Aufenthalts einen Bescheid erlassen, in dem festgestellt wird, dass kein Freizügigkeitsrechts mehr besteht (§ 5 Abs. 4 FreizügG/EU). Dann sind auch Unionsbürger*innen ausreisepflichtig und haben deshalb einen Leistungsanspruch nach § 1 Abs. 1 Nr. 5 AsylbLG.

Gibt es einen Anspruch auf Wohngeld?

Studierende Unionsbürger*innen können Wohngeld beziehen, wenn ihr Lebensunterhalt (in Höhe des BAföG-Satzes) im Übrigen gesichert ist. Das gilt nicht für Bezieher*innen von BAföG, weil die Unterkunftskosten im BAföG-Satz enthalten sind.

Gibt es Leistungen zum Lebensunterhalt aus der Gesetzlichen Krankenversicherung?

Nein, Studierende erhalten kein Krankengeld.

Gibt es Leistungen zum Lebensunterhalt aus der gesetzlichen Unfallversicherung oder nach dem Recht der Sozialen Entschädigung?

Wenn Studierende im Zusammenhang mit dem Studium einen Unfall erleiden, können sie von der gesetzlichen **Unfallversicherung** Verletztengeld erhalten. Dieses richtet sich nach dem konkret vor dem Unfall erzielten Einkommen. Studierende können es nur erhalten, wenn sie neben dem Studium einer Erwerbstätigkeit nachgegangen sind und dieses Einkommen durch den Unfall verloren haben. Bei dauerhaften Schädigungen ab 20 % Erwerbsminderung wird eine Verletztenrente gezahlt.

Der Leistungsträger der Sozialen Entschädigung (Opfer von Gewaltverbrechen oder einer Impfung) erbringt **Krankengeld** (§ 47 SGB XIV) für die Zeit einer Arbeitsunfähigkeit oder Übergangsgeld (§ 64 SGB XIV) während einer Maßnahme der Teilhabe am Arbeitsleben. Studierenden bekommen Krankengeld auch dann, wenn sie einer geringfügigen Beschäftigung nachgegangen sind oder wenn sie familienversichert sind (§ 47 Abs. 2 Nr. 3 SGB XIV).

Für langfristige Schädigungsfolgen wird ab einem Grad der Schädigungsfolgen von 30 Prozent eine monatliche Entschädigungszahlung erbracht (§ 83 SGB XIV). Zusätzlich kann auch ein **Berufsschadensausgleich** gezahlt werden (§§ 89 ff. SGB XIV).

Die Entschädigungszahlungen werden nicht auf Leistungen nach BAföG (§ 21 Abs. 4 Nr. 1 BAföG), nach SGB II (§ 11a Abs. 1 Nr. 2 SGB II), SGB XII (§ 82 Abs. 1 Satz 1 SGB XII) und AsylbLG (§ 7 Abs. 2 Nr. 2 AsylbLG) angerechnet.

Kann ich Blindengeld oder Gehörlosengeld erhalten?

Unionsbürger*innen haben einen Anspruch auf Blindengeld sowohl nach den Landesgesetzen als auch ergänzend als Blindenhilfe nach SGB XII. Das gleiche gilt für Gehörlosengeld, welches jedoch nur in einem Teil der Bundesländer nach Landesrecht gezahlt wird.

Kann ich existenzsichernde Hilfen erhalten, wenn eine unvorhergesehene, schwerwiegende Notlage auftritt?

Studierende und Arbeitsuchende aus Ländern der EU, EWR und der Schweiz, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst sicherstellen können, sind grundsätzlich verpflichtet, Deutschland zu verlassen. Das gilt auch, wenn die Mittellosigkeit auf ein unerwartetes und unverschuldetes Ereignis zurückzuführen ist, etwa weil ein Unfall oder eine schwere Erkrankung zu einer vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit führt.

Solange die Ausreise jedoch aus gesundheitlichen oder sonstigen Gründen nicht möglich ist, bestehen nach einer Exmatrikulation Ansprüche gegenüber dem Sozialamt auf Überbrückungsleistungen (§ 23 Abs. 3 Satz 3 bis 5 SGB XII). Sie sind begrenzt auf einen Monat innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren und umfassen lediglich Leistungen zur Absicherung des physischen Existenzminimums. Der Zeitraum und der Umfang sind zu erweitern, wenn dies im Einzelfall unverzichtbar notwendig ist. Den Betroffenen bleibt die Möglichkeit, den Leistungsbezug durch Ausreise zu beenden oder eine Beschäftigung im Umfang von mindestens vier bis sechs Wochenstunden aufzunehmen.

Unionsbürger*innen behalten jedoch immer ihr Aufenthaltsrecht, wenn sich ein freizügigkeitsberechtigter oder deutscher Ehepartner oder Lebenspartner in Deutschland aufhält, oder der Aufenthalt von den Eltern abgeleitet wird. Auch von Kindern kann ein Aufenthaltsrecht abgeleitet werden, wenn einer der Eltern Arbeitnehmer*in ist oder war, oder wenn dem Kind Unterhalt erbracht wird.

- **Empfehlung:** Drohen finanzielle Notlagen, sollten Studierende möglichst frühzeitig die Sozialberatungsstellen der Studenten- und Studierendenwerke aufsuchen, um mögliche Lösungsstrategien zu besprechen (s.o.).

Anerkannte Schwerbehinderung

Kann ich einen Schwerbehindertenausweis beantragen?

Grundsätzlich besteht für Unionsbürger*innen die Möglichkeit, bei den Landesversorgungsämtern den Grad der Behinderung amtlich feststellen zu lassen (Schwerbehindertenausweisverordnung). Interessant ist dies vor allem bei einer bestehenden Schwerbehinderung (ab GdB 50). Antragstellende benötigen aber einen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland, deshalb sind Gaststudierende, die sich nur für ein Semester (oder kürzer) in Deutschland aufhalten, davon ausgeschlossen.

Die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und die Leistungen zur Teilhabe an Bildung sowie die soziale Teilhabe hängen nicht von der Feststellung des Grads der Behinderung ab, sondern von den ärztlich attestierten Beeinträchtigungen. Mit dem Eintritt in das Berufsleben, sei es nach Abschluss des Studiums, mit dem Wechsel in eine Ausbildung oder mit Aufnahme einer Hochschulbeschäftigung zum Zwecke der Promotion, kommt es sowohl für Steuervergünstigungen als auch für verschiedene Leistungen der Teilhabe am Arbeitsleben auf die Feststellung der Schwerbehinderung an. Einige Konsequenzen können sich auch im Zusammenhang mit einer Tätigkeit als studentischer Hilfskraft oder einer Nebenbeschäftigung während des Studiums ergeben.

Die Leistungen des Integrationsamtes setzen die Schwerbehinderung voraus. Auch der Arbeitgeberservice für schwerbehinderte Akademiker der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV, <https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/zav/ag-service-schwerbehinderte-akademiker>) der Bundesagentur für Arbeit steht nur schwerbehinderten Hochschulabsolvent*innen zur Verfügung.

Können internationale Studierende mit einer Schwerbehinderung Nachteilsausgleiche im Steuerrecht, Arbeitsrecht und bei öffentlichen Leistungen in Anspruch nehmen?

Die spezifischen Nachteilsausgleiche für Schwerbehinderte hängen allein von den Feststellungen im Schwerbehindertenausweis ab und sind weder an die Staatsangehörigkeit noch einen spezifischen ausländerrechtlichen Status gebunden.

- Arbeitsrechtliche Regelungen: Bevorzugte Einstellung und Beschäftigung, Kündigungsschutz, Zusatzurlaub und Freistellung von Mehrarbeit.
- Steuerliche Vergünstigungen: bei Merkzeichen „G“ und „aG“ bessere Absetzbarkeit von Fahrtkosten zur Arbeitsstelle.
- Leistungen zur Erlangung und zum Erhalt des Arbeitsplatzes.
- Kostenermäßigung im öffentlichen Nahverkehr: gegen eine Wertmarke von 91 Euro im Jahr, kostenlos für Merkzeichen H, BL oder im Leistungsbezug, eventuell Parkausweis („aG“ u. „Bl“).
- Ermäßigungen bei kulturellen u.ä. Veranstaltungen bzw. Beiträgen: Entscheidungen des jeweiligen Anbieters, ab GdB 70 ermäßigte Bahncard.

- Befreiung oder Ermäßigung beim Rundfunkbeitrag: ab GdB 60 bei Sehbehinderung und für Hörgeschädigte wird der Monatsbeitrag auf 5,83 Euro reduziert; Befreiung für Blinde, Taubblinde und Pflegebedürftige.

Prof. Dr. jur. Dorothee Frings

Which social security rights claims do students with disabilities and chronic illnesses have who come from EU states, the EEA and Switzerland?

Frequently asked questions – last updated January 2024

Foreword

Members of EU States can travel freely within the EU, and under certain conditions, they can take up residence in any EU State. This is governed by Citizens' Rights Directive 2004/38/EC and in the German Freedom of Movement Law/EU. Citizens of the United Kingdom and Northern Ireland are included if they were already living in Germany before 1 January 2021 or are dependants (§ 3 Freedom of Movement Act/EU) who have moved to join a relative who is entitled to freedom of movement and was living in Germany before 1 January 2021.

Members of the other states in the European Economic Area (EEA), Iceland, Liechtenstein and Norway, also enjoy the same rights (§ 12 Freedom of Movement Act/EU). Swiss citizens are also entitled to such rights via an agreement, but they have to apply for a Residence Card for Swiss Nationals (purely declaratory) based on § 28 Ordinance on Residence).

- **In the following, "EU citizen" refers both to members of the European Union and to those of the EEA and Switzerland, because the Freedom of Movement Law/EU as well as EU social security co-ordination apply for them.**

Students who are EU citizens with physical, sensory or mental impairments generally enjoy the same rights as EU citizens without impairments regarding access to studies and the right of residence for the purpose of studying. However, EU citizens do not qualify for financial benefits supporting training and education or other benefits securing maintenance in the same manner as Germans.

Not only must students with disabilities and chronic illnesses ensure that their living and education costs are covered, but in addition, they may have to organise payment of nursing care, healthcare, constructionally accessible housing, technical support and personal assistance. Unlike in a number of other countries, the range of aids and support for students with disabilities and chronic illnesses is, as a rule, very limited at German higher education institutions.

Instead, various providers of social services are responsible for financing requirements arising from disabilities. While EU citizens are generally entitled to equal treatment, social benefits are not always available to students from other member states, partly because they are covered by the benefits system in their country of origin, and partly because statutory regulations in Germany expressly exclude them from the receipt of German benefits.

Before commencing studies in Germany, EU citizens and citizens of the EEA and Switzerland with disabilities or chronic illnesses should therefore find out exactly which benefits they can obtain under which conditions in Germany, and for which requirements they have to make their own arrangements.

A disability refers to a physical, mental, intellectual or sensory impairment lasting for a longer period (more than six months) which, in interaction with environmental barriers, keeps those concerned from a full, effective and equal participation in social life (Article 1 BRK, § 2 SGB IX). This notion of disablement also covers people with chronic illnesses.

This brief overview of frequently asked questions only concerns European Union citizens and students from Iceland, Norway and Switzerland.

The rights of students from third countries are presented in a separate brief overview.

Questions concerning the right of residence

What is required to study in Germany?

EU citizens may enter Germany for the purpose of studying without any permit and may reside here. However, during their studies, they have to cover their living costs and need sufficient health insurance cover. Their income situation has to be demonstrated as meeting these requirements, although it is not tested (§ 5a Subparagraph 1 Sentence 2 Freedom of Movement Act/EU) provided that no social security maintenance benefits are claimed.

Regardless of securing maintenance, EU citizens who are studying enjoy freedom of movement under the following conditions (§ 3 Freedom of Movement Act/EU):

- up to the age of 21 years and beyond as children of gainfully employed persons if they were living together with at least one parent in Germany before becoming 21 years old or if they are receiving maintenance from their parents;
- as spouses of gainfully employed persons;
- as gainfully employed students pursuing a part-time occupation (at least approx. five hours a week);
- as spouses of Germans.

Are time limits imposed on residence for study purposes?

Not as long as maintenance is secured and no benefits are claimed to secure subsistence.

Can I take up a job or do vocational training if study demands are too high or I do not like the study programme?

EU citizens may start in-firm training in Germany at any time. They are then regarded as employees and are entitled to social security benefits just like German citizens (Article 7 Regulation No. 492/2011 on freedom of movement für workers within the Union). This also applies if they take up a job even if it is not subject to social insurance contributions (“Mini-Job”) and this occupation does not secure maintenance. By and large, self-employed persons enjoy the same rights as employees. However, it is important here that not only a trade or a free profession is registered, but that proof can also be provided of activities being developed on the market for the purpose of realising a profit.

What happens if my illness worsens and I have to give up studying?

An individual may also lose the right to freedom of movement if studying can no longer be continued through no fault of one’s own but on account of illness or a disability and maintenance is no longer secured. Only when a permanent right of residence has been acquired (as a rule after five years of residence, § 5a Freedom of Movement Law/EU) does a right of residence apply irrespective of studying or secured maintenance and fully on a par with German citizens with respect to social security law.

Are there restrictions with regard to taking up employment or pursuing self-employment on graduating from higher education?

No.

Can I claim social security benefits in Germany to compensate for disadvantages arising from my disability?

Only to a restricted degree. Social security benefits compensating for disadvantages arising from disability are awarded by different rehabilitation service providers in Germany. The benefits provided by mandatory nursing care and health insurances, mandatory accident insurances and via inclusion assistance aids are of particular relevance for students with disabilities and chronic health illnesses. Who is entitled to these benefits will be explained in more detail in the course of the following questions.

Advice

Where can I obtain advice on compensation benefits for disadvantages arising from disability?

Before entering Germany for the purpose of studying, prospective international students with disabilities should contact the **social counselling centres of the local student service organisations** or the **official in charge of issues concerning students with disabilities and chronic illnesses at the respective higher education institution**. They support students by providing important information and by offering guidance as well (queries via: <https://www.studierendenwerke.de/en/themen/studieren-mit-behinderung/beratung-studierender-mit-behinderungen/contact-for-students-with-disabilities>). The social counselling centres are also the first place to go to for students experiencing financial hardships or having difficulties with health insurance.

The **social services providers** are supposed to make all necessary information available to people with impairments, without complications, enabling timely establishment of requirements and giving details of services and contacts for personal counselling. Those concerned can demand that a plan be drawn up for them showing the required benefits and that the need for them be systematically established. Prospective students can obtain advice from the inclusion assistance providers (which vary from one federal state to another) (§ 106 SGB IX). In doing so, they can be supported by individuals they themselves have chosen. In recent years, a network of independent counselling offices has been established for persons with disabilities (§ 32 SGB IX), some of which specialise in specific types of disability (<https://teilhabe-beratung.de/>).

Health insurance, health and nursing care benefits

Which health insurance options do I have in Germany?

1. Mandatory health insurance

The **most important insurance** is social health insurance (SHI), of which every student who has enrolled for a degree course is a member unless an exemption has been applied for. The mandatory health insurances may not refuse an individual membership on account of a disability.

Insurance usually expires as soon as the student reaches their 30th birthday. However, international students can apply for an extension either if they have only obtained admission to a study course at a

late stage or if they can prove that their studies have been delayed owing to their disability. When compulsory insurance has expired, it can be extended on a voluntary basis (see below).

EU citizens are exempt from mandatory insurance for students if they are ensured in another EU (or the EEA or Switzerland) via a mandatory insurance or a healthcare fund (see in-kind assistance aid). If their insurance in the other member state ends, they will automatically be enrolled in the statutory health insurance scheme for students.

- **Recommendation:** Students who are not or are no longer insured in another member state can apply for exemption from the mandatory insurance scheme for students by providing proof of private insurance. **Students with disabilities and chronic illnesses are urgently advised not to apply for exemption** since cheap private insurances will not provide benefits for any pre-existing illness or, usually, for medical rehabilitation services. Moreover, students taking out a private insurance policy forfeit the option to subsequently be insured by mandatory health insurance on a voluntary basis after their membership of mandatory health insurance for students has come to an end.
- **Note:** Exemption from mandatory health insurance remains effective throughout the entire course of studies. If a disability only develops in the course of studies, there will no longer be any access to the extensive services provided by statutory health insurance.

2. Benefits in kind for EU citizens insured in another EU state

EU citizens may take out mandatory health insurance in their country of origin and use their European Health Insurance Card (EHIC) to prove to the university that their insurance obligation has been met. If there are any problems in this respect, every health insurance provider is obliged to issue a certificate testifying that the student is exempt from the statutory health insurance requirement. European law refers to this procedure as benefits-in-kind assistance (Article 17 Regulation 883/2004).

- **Recommendation:** EU citizens are advised to take out social health insurance in their country of origin if it is cheaper than membership of mandatory student health insurance. Often, they are also co-insured by their parents' insurance on a non-contributory basis. If the social insurance in their country of origin ends, they can switch to German mandatory health insurance. However, this is not possible if they were privately insured in their country of origin.

However, insurance in another member state, i.e. at the address of the individual's family of origin, is no longer possible in the case of

- Students in Germany who take up employment, become self-employed or undertake a paid internship (as set forth in the German Minimum Wage Act). This also includes mini-jobs involving at least 4 – 6 hours of work a week (competence of statutory health insurance depending on gainful employment).
- Students in Germany who start their own families or who become fully independent of their families of origin in order to remain in Germany, regardless of their studies (competence of statutory health insurance depending on ordinary residence).

3. Family insurance

If a parent is living in Germany and is a member of mandatory health insurance, children up to their 25th birthday are family-insured provided that they are enrolled as students (this also applies to higher

education preparatory courses). They are not required to live together with their parents. When dependents' co-insurance expires, they can switch to student mandatory health insurance. If the conditions for this are not fulfilled (e.g. doctoral studies or after their 30th birthday), they can remain voluntary members of a statutory health insurance scheme (§188 subsection 4 SGB V) if they are unable to provide evidence of any other insurance cover. Children with a disability even stay co-insured as dependents provided that and as long as they are unable to earn an income sufficient to cover their maintenance (approx. 900 – 1,000 Euro).

4. Mandatory health insurance for employees while studying

For students, mandatory health insurance for employees only sets in if individuals are employed for more than 20 hours a week. It must also be remembered that part-time employment for periods of up to three months or 70 days a year during the study period is considered to be marginal employment and is therefore not insured (§ 8 SGB IV). Thus it is difficult for students with a private insurance policy to switch to mandatory health insurance (GKV) via employment during their studies. If the student is employed for more than 20 hours a week over a period of more than three months, the insurance will continue in the form of voluntary follow-on insurance (§ 188 subsection 4 SGB V).

5. Voluntary member of social health insurance

As a rule, voluntary insurance can only follow a period of mandatory insurance. This option is important for all students who have exceeded the 14th semester or the age limit (as a rule from 30 years of age on). Also, doctoral students no longer covered by mandatory insurance for students can take out a voluntary insurance policy.

Anyone who was previously insured (or affiliated with a health fund) in another EU country for at least 12 months and has moved their place of residence (centre of life) to Germany can join the statutory health insurance scheme in Germany as a voluntary member within three months of the end of their previous insurance (§ 9 subsection 1 paragraph 1 SGB V).

- **Note:** Previous membership of an insurance system in another EU state (EEA/Switzerland), the mandatory student insurance scheme (see above), the statutory insurance scheme for employees or the family insurance scheme is a precondition for voluntary membership of the statutory health insurance programme.

6. Contingency insurance

Anyone who has not yet enrolled for a degree course but has entered Germany **for the purpose of applying for a degree course or attending a preparatory course** and is not a member of social insurance in another EU state, or has not been a member of such an insurance system within the last three months, is ineligible for statutory health insurance. This also applies to postgraduates, unless they also happen to be employees of the respective institution during their doctoral studies, in which case they have mandatory health insurance. Neither are students taking up studying after their 30th birthday covered any longer by mandatory health insurance as students.

Contingency insurance (§ 5 subsection 1 paragraph 13 SGB V) is barred to EU citizens if they are preparing to study, undertaking pure doctoral studies or beginning their studies after their 30th birthday since their right to remain depends on them being able to prove that they are covered by health insurance (§ 5 subsection 11 SGB V).

This does not apply to EU citizens who are also gainfully employed, even if their employment is only marginal (from 4 – 6 hours). Their status as persons in gainful employment entitles them to freedom of movement even if they are unable to provide proof of health insurance cover; this means they are eligible for contingency insurance unless they were previously members of a private insurance scheme (§ 5 subsection 1 paragraph 13 SGB V).

7. Private health insurance

It is also possible to be exempted from social health insurance for the entire course of studies.

The cover typically provided by educational insurance schemes with low monthly premiums is completely inadequate for students with disabilities, particularly since these insurance policies exclude all pre-existing conditions. In most cases, the only way in which students with disabilities can obtain full insurance cover is by taking out a private health insurance policy at a base rate (maximum contribution currently approx. 960 Euro including long-term care insurance, fee reduced by 50 % to approx. 480 Euro if proof of low income is provided). This is the only type of insurance that requires no health checks and offers benefits that match those offered by SHI.

- **Recommendation:** Students with disabilities and chronic illnesses ought to take out mandatory health insurance as soon as they have enrolled for their study subject and should not apply for exemption in order to opt for a private health insurance policy.

Which benefits am I entitled to if I am insured by mandatory health insurance?

Social health insurance (SHI) healthcare comprises:

- medical attendance,
- psychotherapeutic treatment,
- medication,
- cures (medically prescribed therapies),
- aids (e.g. prostheses authorised by the SHI),
- hospital treatment.

SHI support is limited to medical measures, i.e. to such measures focused on curing a health condition that are either prescribed or performed by physicians.

A health insurance will only cover certain benefits guaranteeing successful treatment, compensating for a disability or preventing the danger of a disability. Benefits include hearing instruments, prostheses, orthopaedic and technical means or mobility training for blind persons. (Register of means: <https://hilfsmittel.gkv-spitzenverband.de/home>). However, the health insurance does not pay for study-related benefits required because of a disability.

Following accidents, major operations and serious health conditions, rehabilitation is provided in the form of follow-up treatment in rehab clinics or centres. When mental conditions are concerned, therapy has to be authorised by the SHI. Therapists file an application after the 5th therapy unit at the latest.

A certain level of co-payment is due for drugs, cures and hospital treatment, which however is restricted to 2 % of income, and to 1 % in the case of chronic illnesses. To work out charges, students have to provide proof of their actual income status, and the BAföG rate is taken as a minimum level.

In the academic year of 2023/24, an annual co-payment limit of 93.40 Euro will be imposed for students with chronic illnesses (current figures at: <https://www.krankenkasseninfo.de/leistungen/gesetzliche-leistungen/zuzahlungsbefreiung-29.html>).

Which other healthcare benefits do I qualify for?

1. Social accident insurance benefits

Enrolled students are insured via **social accident insurance**. Benefits are provided in the event of students having an accident while studying, including while travelling to and from a higher education institution or during practical training or in a sideline occupation (although in this case as an employee) (§ 2 Subparagraph 1 No. 8c SGB VII). The social accident insurance may also be responsible for insurance cover in the case of occupational illnesses; however, such illnesses are rare among students.

- **Note:** Accident insurance benefits do not relate in any way to a student's legal residential status. They take precedence over entitlement to SHI benefits and are often more comprehensive than the latter because they also cover travel costs, non-prescription drugs, etc. and no surcharges are required.

2. Social compensation benefits in accordance with SGB XIV

From 1 January 2024, medical rehabilitation benefits will also be provided in compliance with the legislation on social compensation (SGB XIV). These benefits can only be claimed by persons whose health has been **harmed by a deliberate, unlawful attack in Germany** (§ 13 subsection 1 SGB XIV). This encompasses acts of physical and psychological violence such as sexual offences (§ 13 subsection 2 SGB XIV) as well as child neglect or the use of child pornography (§ 14 subsection 1 SGB XIV). Relatives whose health has been harmed and persons who have suffered other kinds of harm may be entitled to benefits according to this legislation (§ 14 subsection 2 SGB XIV).

Social compensation is also paid to persons who have been harmed by an officially recommended or prescribed vaccination (§ 24 SGB XIV).

Applications must be sent to the competent social compensation provider designated by the law of the relevant federal state (§ 111 SGB XIV). Support is available from the organisation "**Weisser Ring**" (<https://weisser-ring.de/>).

Social compensation providers also offer fast-track assistance which can start even before an application for compensation has been submitted (§§ 11 subsections 4 and 5, 29 ff. SGB XIV). Entitlements to hospital treatment and psychotherapeutic care go beyond the benefits offered by statutory health insurance; interpreter services are also provided. All other participation benefits, long-term care benefits, compensation payments, occupational injury compensation and benefits to cover living expenses etc. can also be provided as long as certain conditions are met.

There are no longer any benefit restrictions for persons who are not German citizens.

Which nursing care benefits do I qualify for?

1. Nursing care insurance benefits

Every individual insured by social health insurance or by a private health insurance is at the same time a compulsory member of a mandatory or private nursing care insurance (§§ 20, 23 SGB XI).

- **Note:** Nursing care insurance benefits will only be provided after a membership of two years (§ 33 Sub-paragraph 2 Sentence 1 SGB XI). For family insurance parties, one of the parents already having been insured for two years is sufficient. As soon as EU citizens are entitled to benefits following the end of the waiting period, they can claim nursing care insurance benefits without any restrictions. It has not yet been conclusively determined whether previous periods of cover by the health insurance system of another member state can be counted towards this requirement.
- **Note:** Nursing care benefits (apart from care allowance) are also provided as benefits in kind for EU citizens who have a health insurance in another EU state because the benefits are regarded as health insurance benefits in the context of European social security co-ordination. In Germany, no waiting period applies for them.

2. Nursing care support

As a supplement to or replacement for other support forms, nursing care support is provided by the social welfare office as a social assistance benefit. Since it is a tax-financed assistance benefit, it can only be claimed if the use of an individual's own financial means is inadequately. Here, assets abroad are also taken into consideration.

- **Note:** No nursing care benefits will be provided during the first three months of a stay for study purposes unless the student is also in gainful employment. Subsequently, international students are also eligible for nursing care benefits (§§ 61 pp., § 23 Subparagraph 3 no. 1 SGB XII).

While staying on to seek employment after having graduated, EU citizens (except for gainfully employed citizens) are not entitled to nursing care support because social assistance benefits are generally ruled out in this period (§ 23 Subparagraph 3 No. 2 SGB XII). This exclusion from benefits does not apply for members of the ECSMA (Belgium, Denmark excluding the Faroe Islands and Greenland, Estonia, France, Greece, Ireland, Iceland, Italy, Luxembourg, Malta, the Netherlands, Norway, Portugal, Sweden, Spain) because Article 1 ECSMA guarantees entitlement to social assistance benefits if they are legal residents.

3. Benefits provided by accident insurers and social compensation providers

Following accidents in the field of higher education, accident insurance takes precedence over mandatory nursing care insurance in providing services and benefits should the need for nursing care arise. Such services and benefits above all include attendance allowance, the level of which depends on the degree of disability, although nursing care services in kind may be financed as well. The social compensation providers also provide nursing care to the required extent in the case of acts of violence or vaccination damage.

Inclusion and participation assistance aids for students with disabilities

How do higher education institutions support students with disabilities?

In all Federal States, State legislation applies for the equalisation of opportunities for people with disabilities. The laws oblige State-funded higher education institutions to provide accessible facilities. Finding, accessing and using facilities at higher education institutions has to be made easy for all students. Communication in the field of admission and enrolment and with the examination board and the higher education institution bodies must be free of obstacles, too. The Higher Education Framework Law and the State higher education laws also contain regulations on social support for students with disabilities. In all higher education legislation, the details of the duty to provide support remain very general. They do not imply any individual obligation to provide benefits.

Which social security benefits to compensate for disadvantages arising from a disability can I claim during and after my studies?

1. Accident insurance and social compensation

Students entitled to accident insurance benefits or benefits in accordance with the law on social compensation (acts of violence or vaccination damage) owing to a disability that developed or arose in Germany obtain the necessary benefits to support participating in higher education studies as well as in a profession and in society from the accident insurance or the social insurance providers (which vary from one federal state to another).

2. Country of origin benefits

If EU citizens who are studying are receiving benefits from insurance and pension offices in their countries of origin (other EU/EEA states, Switzerland), they can almost always export them to Germany during their studies. However, social welfare benefits and tax-funded special benefits for people with disabilities cannot always be exported, in accordance with the regulations of European Social Security Coordination (Article 70 VO 883/2004), although individual Member State legislation may contain special regulations governing semesters abroad.

3. Inclusion assistance aid

Benefit providers in Germany are only responsible for inclusion assistance benefits for students who have relocated their centre of life (ordinary residence) to Germany. If their ties are mainly with their families of origin in another member state, they return there regularly and/or they receive financial support from their parents, all inclusion assistance claims must be directed to the benefits provider in their country of origin.

- **Note:** Students from the EU countries are only entitled to inclusion assistance benefits if their family, work-related and personal ties are mostly in Germany and they are also covered by German health insurance.

Inclusion assistance aids for students above all comprise:

- technical means to perform studies,
- communication aids,
- personal assistance for carrying out their studies,
- covering higher travel expenses to and from higher education institutions owing to a disability,
- financing special forms of accommodation necessitated by a certain disability,
- support for recreational activities,
- sports for the disabled,
- shuttle services.

More details are provided in the recommendations issued by the “Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGÜS)” on inclusion assistance means for people with disabilities attending higher education (<http://www.lwl.org/spur-download/bag/hochschulempfehlungen2012.pdf>) and on the Homepage of the German National Association for Student Affairs (<https://www.studierendenwerke.de/en/topics/studying-with-disabilities>).

After studying: EU citizens who remain in Germany after completing their studies in order to look for work are usually considered to have relocated their centre of life to Germany. As jobseekers, they have the right to remain (right to freedom of movement) and can therefore access all inclusion assistance benefits. Only if EU citizens cannot or can no longer be classified as jobseekers on specific personal grounds and are not pursuing any gainful employment (even marginal employment) could they lose their right to remain and with it their entitlement to benefits.

4. Benefits supporting integration into employment

A further, as yet rarely practised option is **benefits supporting participation in professional life**, such as technical and person-to-person communication means, writing means, assistance, etc. that are provided by the Federal Employment Agency. Such benefits are only awarded if the degree concerned can actually be obtained given the respective disability and subsequently can and is to be made use of on the labour market in Germany or in another EU country.

- **Note:** Benefits for integration into employment are provided independently of an individual’s residential status.

The employment agencies are always obliged to accept applications for benefits of integration into employment and to either forward them within two weeks or themselves take a decision on whether the respective need has arisen (§ 14 SGB IX). The independent advice centres (<https://teilhabeberatung.de/>). will also provide support in filing the application.

When a degree has been obtained, benefits of integration into employment (expenses for job applications, translation of documents, training measures, practicals, inclusion subsidies, for individuals with disabilities and severe disabilities) can be claimed from the Federal Employment Agency (at its discretion) to the same extent as for Germans. Entitlement to such benefits is governed by Article 5 of the Employee Directive (EU) 492/2011.

Benefits for maintenance

Are benefits provided to secure maintenance for students with disabilities from the EU, the EEA and Switzerland?

Students from EU Member States entering Germany for the purpose of studying have to cover maintenance with their own means (§ 4 Freedom of Movement Law/EU). This also applies for students with disabilities. However, there are exceptions from this principle for EU citizens, especially if they or their parents are working in Germany or have done so. The details will be discussed under the following questions.

When can I claim benefits in accordance with the German Federal Training Assistance Act (BAföG)?

Provided that other BAföG Law requirements (parental income allowance, first degree studies or changing a degree programme up to the 3rd semester, age, etc.) are met, students can claim benefits if

- they themselves are employees or self-employed (§8 subsection 1 paragraph 3 BAföG). Employment need not be subject to social insurance contributions, and approx. four to six hours a week are sufficient.
- they are former employees who were employed in a field related to their studies before they started studying (§8 subsection 1 paragraph 4 BAföG). This regulation has to be extended to individuals who had to give up gainful employment involuntarily (VwV [Administrative Regulations] BAföG 8.1.13). Here, persons have to be considered in particular who had to give up their previous occupation owing to a disability and are gaining suitable career alternative via studying.
- they are family relatives (spouses, life companions, children up to their 21st birthday) of gainfully employed persons, former gainfully employed persons or individuals with a permanent residence status who are living in Germany. The right of residence also remains if the principal persons entitled move away or are deceased (§8 subsection 1 paragraph 3 BAföG). The derived right to freedom of movement must have been acquired before their 21st birthday, but they need not commence their studies until a later date (VwV BAföG 8.1.10).
- they are relatives of German citizens, since they would otherwise be treated less favourably than citizens of third countries who have German relatives (§ 8 subsection 2 paragraph 1 BAföG in conjunction with § 28 German Residence Act); this also encompasses parents who have custody of children with German citizenship (VwV BAföG 8.1.4).
- they have a permanent right of residence (§8 subsection 1 paragraph 2 BAföG; as a rule after five years of residence).

What compensation for disadvantages is available when claiming BAföG benefits?

The **length of time** for which benefits are granted can be extended if

- the student will require considerably more time to complete their studies due to an illness (15.3.3 BAföG VwV) *or*
- the student will require more time to complete their studies due to a disability, e.g. because
 - sensory impairments make learning significantly more difficult,
 - neurological disorders (e.g. epilepsy) limit the student's ability to cope with stress and lead to short-term absences,
 - mental disorders make learning more difficult or impair the student's concentration.

Compensation payments of the type described in SGB XIV (to compensate for the injustice suffered) are not included **when taking the student's income into account** (§ 21 subsection 4 paragraph 1 BAföG). In order to avoid undue hardship, certain parts of the student's income required to cover special training costs (up to max. 205 Euro a month) can be excluded from consideration (§ 23 subsection 5 BAföG; VwV BAföG 23.5.1). Additional expenses can be excluded when considering the income of spouses and parents. The options available are to deduct the lump sums specified in § 33b EstG or to claim the costs actually incurred (§ 25 subsection 6 BAföG; VwV BAföG 25.6.5).

When **making repayments**, the disability-related expenses mentioned in § 33b EstG can be deducted from the income to be considered.

In which situations am I entitled to "Jobcenter" services?

Students in general, including German students, are largely excluded from the range of services and benefits provided by "Jobcenters".

However, this only applies to students who are studying full-time, not to students on preparatory courses, students studying part-time or doctoral students (who are not employed).

In principle, the following benefits can be claimed by students even while they are excluded from other benefits:

- **Supplementary benefits:** these benefits are only available to students who are entitled to BAföG or would have been entitled to BAföG if their income and assets had not been considered and who are living in their parents' household (§ 7 subsection 6 paragraph 2 SGB II).
- **Sabbatical semesters:** the exclusion from benefits does not apply to periods in which the student takes a sabbatical from their studies provided they actually refrain from studying or taking examinations during this period.
- **Additional disability-related requirements:** increased need can be claimed by students who incur additional food expenses due to illness (see recommendations by the Deutscher Vereins [German Association for Public and Private Welfare]) as set forth in § 27 subsection 2 in conjunction with § 21 subsection 5 SGB II. Increased need can also be claimed on the grounds of additional unavoidable, long-term requirements. These could include the costs of home helps, if this service is not included in the care received by the student because no degree of disability has been determined. It may also be possible to claim benefits to cover the costs of indispensable long-term medication not included in the SHI catalogue, or expenses incurred when travelling to SHI-funded therapy. Students can also claim increased need during pregnancy, as a

single parent and as a one-off payment for pregnancy and birth (§ 27 subsection 2 in conjunction with § 21 subsections 2, 3 and 6, § 24 subsection 3 paragraph 2 SGB II).

- **Benefits in cases of hardship:** according to § 27 subsection 3 SGB II, these benefits can for example be claimed if the student's education has been delayed due to disability and the situation has possibly been exacerbated by experiences of migration or flight. It must also be remembered that persons with disabilities are especially dependent on accredited professional qualifications since this is the only way in which they can use their skills appropriately for purposes of gainful employment.
- **Note:** As students, while preparing to study and while seeking employment having graduated, EU citizens are obliged to cover their living costs with their own means (§ 4 Freedom of Movement Law/EU). They cannot claim "Bürgergeld" (citizen's benefit) since they would then forfeit their right to remain, which in turn would exclude them from benefits in accordance with § 7 subsection 1 paragraph 2 no. 2 a) SGB II.

Only EU citizens qualifying for BAföG (see corresponding question) are also entitled to the supplementary benefits in accordance with SGB II and in times of preparing to study as well as, while studies are interrupted through a semester on leave of absence, to full benefits covering maintenance in accordance with SGB II.

After studying: On graduating or having given up studying, EU citizens can claim neither "Jobcenter" (§ 7 Subparagraph 1 Sentence 2 No. 2 Letter a) or b) SGB II) nor social welfare (§ 23 Subparagraph 3 SGB XII) benefits since they are either staying in Germany to seek employment or have no right of residence. They are referred to temporary benefits. However, as soon as they undertake gainful employment (approx. five hours a week or more) they are once again entitled to all benefits as employees or self-employed persons.

If EU citizens neither are gainfully employed nor have secured maintenance, the immigration office can issue a notification during the first five years of their stay stating that freedom of movement no longer applies (§ 5 Subparagraph 4 Freedom of Movement Law/EU). Then EU citizens are also obliged to leave the country and therefore qualify for claiming benefits in accordance with § 1 Subparagraph 1 No. 5 AsylbLG.

Can I claim housing benefits?

EU citizens who are studying can claim housing benefits if their maintenance (equalling the BAföG rate) is otherwise secured. This does not apply to BAföG recipients since their housing expenses are included in the BAföG rate.

Can I obtain maintenance benefits via mandatory health insurance?

No, students do not receive sickness benefits.

Are maintenance benefits provided on the basis of mandatory accident insurance or in accordance with the law on social compensation?

If students have an accident while studying, they can claim injury benefits from mandatory **health insurance**. Such payments are oriented on what was actually earned before the accident. Students may only receive them if they have pursued gainful employment and have lost their employment

through the accident. In the case of lasting physical harm resulting in a 20 % or more reduced ability to work, an injury pension is paid.

The social compensation providers (for victims of violent crimes or vaccination damage) pay **sickness benefit** (§ 47 SGB XIV) for periods of work incapacity or **transitional allowance** (§ 64 SGB XIV) during measures to promote participation in working life. Students are also entitled to sickness benefit if they have been in marginal employment or are covered by family insurance (§ 47 subsection 2 paragraph 3 SGB XIV).

From a degree of impairment of 30 percent, persons suffering the long-term effects of harm are entitled to a monthly **compensation payment** (§ 83 SGB XIV). They may also be able to claim a **compensation payment for loss of career** (§§ 89 ff. SGB XIV).

These compensation payments are not offset against benefits paid in accordance with BAföG (§ 21 subsection 4 paragraph 1 BAföG), SGB II (§ 11a subsection 1 paragraph 2 SGB II), SGB XII (§ 82 subsection 1 paragraph 1 SGB XII) and AsylbLG (§ 7 subsection 2 paragraph 2 AsylbLG).

Can I claim disability benefits for the blind or deaf?

EU citizens are entitled to disability benefits for the blind both in accordance with the State laws and, as a supplement, as aid for the blind in accordance with SGB XII. The same applies to disability benefits for the deaf, which however are only paid by some of the federal states in accordance with the law of that state.

Do I qualify for maintenance benefits if I run into unexpected, severe hardship?

Students and citizens seeking employment from countries in the EU and the EEA and from Switzerland who are unable to cover maintenance are generally obliged to leave Germany. This also applies if a lack of means has developed through no fault of one's own, for example because an accident or serious illness has resulted in temporary disablement.

However, if leaving the country is not possible for health or other reasons, temporary benefits can be claimed from the social security office on de-registration (§ 23 Subparagraph 3 Sentences 3 to 5 SGB XII). They are limited to one month within a period of two years and only comprise benefits securing physical subsistence. In individual cases, the period and the volume can be extended if this is absolutely necessary. The option remains for those concerned to end their receipt of benefits by leaving the country or to take up employment totalling at least four to six hours a week.

However, EU citizens always retain their right of residence if a spouse or life companion enjoying freedom of movement or holding German citizenship is residing in Germany or the right of residence follows from the parents. A right of residence can also be justified on the basis of children if one of the parents is or was an employee or if maintenance is being paid for the child.

- **Recommendation:** If there is a threat of financial hardship, students ought to consult the social counselling centres of the student services as early as possible to discuss possible solution strategies (see above).

Recognised severe disablement

Can I apply for a disability pass?

It is generally possible for EU citizens to have the state pension offices officially establish the degree of disablement (Ordinance on Passes for Severely Disabled Persons). This is above all of interest in the case of an existing severe disability (from the degree of disability [GdB] 50 upwards). Since those applying for this require the usual residential status for Germany, visiting students who are only residing in Germany for one semester (or for an even shorter period) are excluded from such a procedure.

Mandatory health insurance benefits and means assisting attending education measures and participating in society do not depend on establishing the degree of disablement but on impairments as certified by a physician. On entering a profession, whether after having graduated from higher education, switching to vocational training or taking up an occupation in higher education in the context of post-graduation, it is the establishment of the degree of severe disablement that counts in being eligible for tax benefits as well as for various forms of assistance aids for participating in working life. Some consequences may also arise in connection with an occupation as a student assistant or a sideline occupation during studies.

The services provided by the Integration Office are only available to persons with severe disabilities, while the employer service for academics with severe disabilities provided by the Federal Employment Agency's International and Specialised Services (ZAV, <https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/zav/ag-service-schwerbehinderte-akademiker>) can only be accessed by university graduates with severe disabilities.

Can international students with a severe disability claim compensation for disadvantages in tax law, labour law and regarding social security benefits?

Specific compensation for the severely disabled depends solely on the details referred to in a disability pass and is tied neither to nationality nor to a specific foreigners' law status.

- Labour law: preferential hiring and employment, dismissal protection, extra holiday and exemption from overtime.
- Tax benefits: better deductibility of travel expenses for travelling to and from work for markers "G" and "aG".
- Benefits to find and maintain employment.
- Reduced fares on local public transport (for a token of 91 Euro a year, free for markers H, BL or when claiming benefits), possibly a parking permit ("aG" and "Bl"); up-to-date information is available at https://www.einfach-teilhaben.de/DE/AS/Ratgeber/05_Unentgeltliche_Befoerderung/.
- Ticket price or fee reductions for cultural and similar events: at the discretion of the respective operator, from GdB 70 on reduced fee for the Bahncard.
- Exemption from or reduction of radio and TV licence fees: from GdB 60 on in the case of vision impairment and for hearing-impaired persons, the monthly fee is reduced to 5.83 Euro; blind and deafblind persons as well as those in need of nursing care are not charged any fees.



Deutsches Studierendenwerk

Deutsches Studierendenwerk
Informations- und Beratungsstelle Studium und Behinderung (IBS)
in Kooperation mit
Servicestelle Interkulturelle Kompetenz (SIK)
Monbijouplatz 11
10178 Berlin
T (030) 29 77 27-57
studium-behinderung@studierendenwerke.de
www.studierendenwerke.de/themen/studieren-mit-behinderung